

BLECKS BERICHT

Ausgabe 8/2020



Sturm auf den Reichstag?

**Protestaktion im Reinhardswald gegen
den Ausbau von Windkraftanlagen**

Mit Bleck auf Heimatkunde: Willy-Brandt-Forum

Entgleisung eines Güterzugs bei Niederlahnstein



KOMMENTAR UND AKTUELLES



Liebe Mitstreiter,

der Deutsche Bundestag befindet sich zurzeit in der Sommerpause. Ich habe die Zeit gefunden, mit etwas Abstand über die Politik nachzudenken. Dabei gingen mir verschiedene Fragen durch den Kopf: Was habe ich richtig oder falsch gemacht? Damit sind unweigerlich weitere Fragen verbunden: War ich zu hart oder zu weich? War ich Realpolitiker oder Fundamentaloppositioneller? Die Antwort auf die letzten beiden Fragen bekam ich, indem ich die erste Frage an die Bundesregierung richtete. Was hat diese eigentlich richtig oder falsch gemacht?

Dabei ist mir kein einziges existenzielles Themenfeld eingefallen, bei dem ich die Politik der Bundesregierung als richtig einschätzen würde. Ob Europa, Migration, Verteidigung, Wirtschaft, Soziales, Bildung, Digitalisierung, Gesundheit, Umwelt oder Verkehr – bei all diesen Themenfeldern befinde ich mich in fundamentaler Opposition zu ihr. Bin ich ein Fundamentaloppositioneller? Offenbar. War ich zu weich? Vielleicht.

Ich bin und bleibe jedoch davon überzeugt, dass die Bürger Verbindlichkeit in der Politik schätzen. Es ist möglich, gleichzeitig hart in der Sache und verbindlich im Ton zu sein. Ich kann mich gut daran erinnern, dies in der Vergangenheit bei verschiedenen Gelegenheiten erfolgreich unter Beweis gestellt zu haben. Ob bei einem „Speed-Dating“ mit Erstwählern oder einer Podiumsdiskussion am Freiherr-vom-Stein-Gymnasium in Betzdorf – viele junge Menschen konnte ich so überzeugen.

Euer
Andreas Bleck



Sturm auf den Reichstag?

Am 29. August demonstrierten Zehntausende Demonstranten gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung und Landesregierungen. Die friedlichen Demonstrationen wurden jedoch durch unschöne Szenen vor dem Reichstag getrübt, als einige Demonstranten die Absperrungen am Platz der Republik überwandten. Viele Medien berichteten in diesem Zusammenhang von einem „Sturm auf den Reichstag“.

Verbot der Demonstrationen

Drei Tage vor den Demonstrationen in Berlin-Mitte hatte der Berliner Senat mehrere Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen verboten. Zur Begründung sagte Innensenator Geisel: „Die Anmelder der Versammlungen, die Anfang August in Berlin stattfanden, haben ganz bewusst die Regeln gebrochen, die sie vorher in Gesprächen mit der Polizei akzeptiert hatten (...).“ Nach Auffassung von Geisel sollen Rechte und Freiheiten offenbar nur Menschen mit der „richtigen“ Gesinnung vorbehalten sein. So konnten die Black-Lives-Matter-Demonstrationen in Berlin auch ohne die Einhaltung der Abstandsregeln und Maskenpflicht durchgeführt werden. Das Messen mit zweierlei Maß ließen sich die Veranstalter nicht gefallen und klagten mit Erfolg vor dem Berliner Verwaltungsgericht.

Eskalation vor dem Reichstag

Während die Demonstrationen bis auf Ausschreitungen vor der russischen Botschaft friedlich verliefen, kam es zu unschönen Szenen vor dem Reichstag. Hunderte Demonstranten überwandten die Absperrungen am Platz der Republik und liefen auf den Reichstag zu. Die Anzahl der Menschen, die sich daran beteiligten, belief sich auf bis zu 400. Demgegenüber standen zunächst drei Polizisten, die die Absicht der Menschen nicht abschätzen konnten. Kurze Zeit später rückte jedoch Verstärkung an und konnte die unangemeldete Demonstration auf den Treppen des Reichstags auflösen.

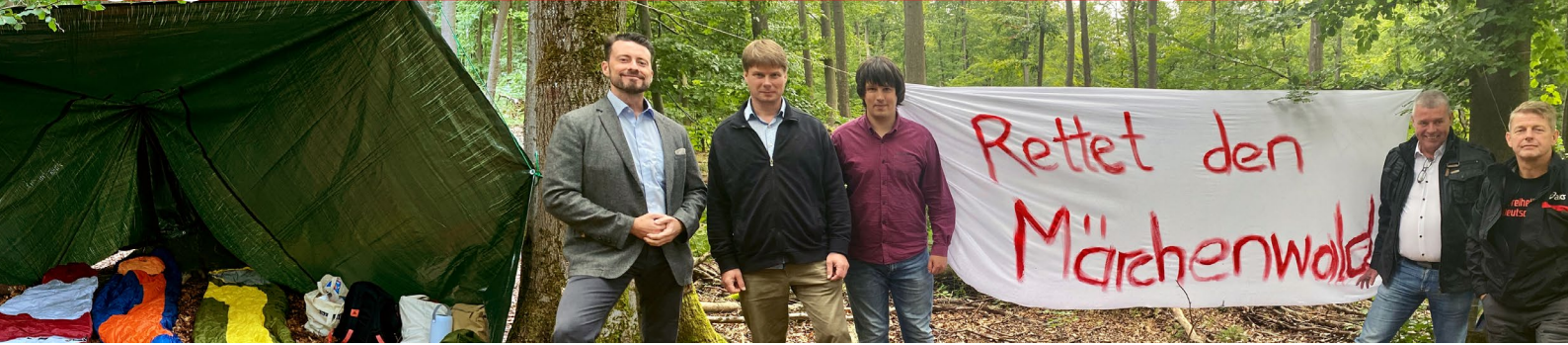
Bilanz

Von den offiziell etwa 38.000 Demonstranten wurden etwa 300 festgenommen. Die meisten Festnahmen erfolgten jedoch nicht auf den Treppen des Reichstags, sondern vor der russischen Botschaft. Dennoch nahmen die Medien und etablierten Parteien die unschönen Szenen vor dem Reichstag zum Anlass, einen „Sturm auf den Reichstag“ herbeizuschreiben bzw. -zureden. Dadurch sollte der Eindruck entstehen, dass auch die überwältigende Mehrheit der Demonstrationen, die sich friedlich an den Demonstrationen beteiligten, Rechtsextremisten seien. Genauso wie die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag distanzieren sich jedoch auch diese Demonstranten von der unangemeldeten Demonstration vor dem Reichstag.

Polizeieinsatz bei den Demonstrationen

Der heimische AfD-Bundestagsabgeordnete Andreas Bleck hat die Bundesregierung zum Polizeieinsatz bei den Corona-Demonstrationen befragt. Durch seine schriftlichen Fragen (BT-Drs. 19/22308) konnte er in Erfahrung bringen, dass die Bundespolizei im eigenen Zuständigkeitsbereich insgesamt 844 Einsatzkräfte einsetzte. Darüber hinaus unterstützten 180 Einsatzkräfte der Bundespolizei die Berliner Polizei. Dabei erstreckten sich die Einsätze der Bundespolizei insbesondere auf Bahnhöfe und Schutzobjekte wie das Bundeskanzleramt. Nach Angaben der Bundesregierung setzte sie keine Einsatzmittel gegen Demonstranten ein. Videos in den sozialen Medien, die den Einsatz von Schlagstöcken durch Polizisten belegen, betreffen folglich nicht die Bundespolizei und müssen durch die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin aufgeklärt werden. Darüber hinaus wird nach Kenntnis der Bundesregierung gegen Einsatzkräfte der Bundespolizei nicht wegen Körperverletzung im Amt ermittelt.

Protestaktion im Reinhardswald gegen den Bau von Windkraftanlagen



Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag setzte mit ihrer Protestaktion, die unter anderem aus einer Pressekonferenz, einer Schulung über die Geologie und Ökologie im Reinhardswald und einer Übernachtung im Wald bestand, ein klares Zeichen gegen den Bau von Windkraftanlagen.

Windkraftanlagen im Reinhardswald

Die Windpark Reinhardswald GmbH & Co KG hat beim Regierungspräsidium Kassel den Antrag gestellt, insgesamt 18 Windkraftanlagen im Reinhardswald auf dem Langenberg und dem Farrenplatz zu bauen. Die Windkraftanlagen sollen jeweils eine Nennleistung von 5,6 Megawatt, eine Nabenhöhe von 166m, ein Rotordurchmesser von 150 m und eine Gesamthöhe von 240 m haben. Jede dieser Windkraftanlagen benötigt ein Flachfundament aus Beton, das ein Gewicht und Eigengewicht von über 6.000 t trägt. Diese haben einen Durchmesser von bis zu 30 Metern und eine Tiefe von bis zu vier Metern. Für die 18 Windkraftanlagen müssen insgesamt 14,4 h dauerhaft und 15,7 h temporär abgeholzt werden. Dies entspricht einer Fläche von dauerhaft 19 und temporär 22 Fußballfeldern. Die Fertigstellung der Windkraftanlagen ist bereits für 2021 geplant. Die AfD-Bundestagsfraktion lehnt den Bau von Windkraftanlagen in Wäldern jedoch entschieden ab. Nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern auch in Hessen werden Wälder zunehmend zu Industriegebieten umfunktioniert. Die Folge: Jährlich sterben hunderttausende Vögel und Fledermäuse an Windkraftanlagen. Auch die Versiegelung des Bodens durch die Pfahl- oder Flachfundamente wirkt sich negativ auf die Umwelt und Natur aus.

Übernachtung im Wald

Die Umweltpolitiker Karsten Hilse und Andreas Bleck sowie der Energiepolitiker Steffen Kotré übernachteten im Wald. Dabei bekamen die AfD-Bundestagsabgeordneten unter anderem die Auflage, keine Nägel in den Boden zu schlagen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass an der gleichen Stelle in einigen Monaten Beton für die Flachfundamente eingegossen wird, zeigt dies die Absurdität der Bürokratie in Bezug auf den Bau von Windkraftanlagen. Da es stürmte und regnete, mussten die Schlafplätze stattdessen mit Planen wind- und wasserfest gemacht werden. Diese wurden mit Schnüren zwischen den Bäumen festgebunden. Die Übernachtung war nicht ungefährlich. Nicht selten fielen in der Nähe der Schlafplätze große Äste von den Bäumen herunter. Trotzdem konnten alle ruhig und erholsam schlafen.

Berichterstattung

Mit ihrer Protestaktion hat die AfD-Bundestagsfraktion auf die geplante Umwelt- und Naturzerstörung durch Windkraftanlagen im Reinhardswald erfolgreich aufmerksam gemacht. So mühte sich der Hessische Rundfunk, der an der Pressekonferenz teilnahm, mit einem Verriss an der Protestaktion ab. Das Video der AfD-Bundestagsfraktion zur Protestaktion konnte in den sozialen Medien jedoch Zehntausende Menschen erreichen. Die Reaktionen darauf waren ausgesprochen positiv.

KLICK!

Der Reinhardswald ist ein Ort von Sagen und Legenden wie beispielsweise bei den Märchen der Brüder Grimm. Vor allem die als Dornröschen-Burg bezeichnete Sababurg ist überregional bekannt. Doch der Reinhardswald ist auch Erholungsraum für Menschen und Lebensraum für Tiere und Pflanzen.

Geschichte

Um 800 n. Chr. wurde der Reinhardswald von den Franken in Besitz genommen. Da der Wald für die Jagd genutzt wurde, hatte man an einer Besiedelung zunächst kein Interesse. Gleichwohl sicherte man der angrenzenden Bevölkerung die Nutzung des Walds für land- und forstwirtschaftliche Zwecke zu. Dies wurde auch über Jahrhunderte beibehalten. 1334 wurde die Sababurg gebaut. Ab Mitte des 15. Jahrhunderts gehörte der Reinhardswald dann zur Landgrafschaft Hessen. Die hessischen Landgrafen intensivierten die Jagd und bauten viele Jagdanlagen. 1997 wurden Teile des Reinhardswalds als Naturwaldreservat „Weserhänge“ ausgewiesen.

Geologie und Ökologie

Der Reinhardswald liegt zwischen den Flüssen Fulda, Diemel und Weser und umfasst eine Fläche von etwa 20.000 Hektar mit einer Höhe von bis zu 472 m. Sein Grundgestein besteht aus etwa 245 Millionen Jahre altem Buntsandstein. Am „Staufenberg“ wird der Buntsandstein teilweise von Basalt überdeckt. Charakteristisch für den Reinhardswald sind Braunerden auf Lösslehm. Es dominieren Buchen und Eichen, von denen einige über hundert Jahre alt sind. Auf dem Warthügel steht beispielsweise die Friedenseiche. Sie ist Wahrzeichen und Mahnmal und wurde 1871 anlässlich des Friedensvertrags nach dem deutsch-französischen Krieg gepflanzt. Zudem sind auch alte Eichen mit Hutewaldcharakter erhalten geblieben. Mit seinen Besonderheiten bietet der Reinhardswald vielen Vögeln und Fledermäusen einen Lebensraum. Insbesondere die geschützten Rotmilane und



Probebohrung am geplanten Standort der Windkraftanlage Nummer 3.

Großen Bartfledermäuse kommen hier vor. Insgesamt konnten bisher elf verschiedene Fledermausarten festgestellt werden. Damit weist der Reinhardswald die zweithöchste Anzahl von Fledermausarten aller hessischen Naturwaldreservate auf.

Grundwasserspeicher

Für die Wasserwerke der Kommunen ist der Reinhardswald der wichtigste Grundwasserspeicher der Region. So versorgt sich die Stadt Trendelburg mittels 50 bis 150 Meter tiefe Brunnen im Reinhardswald täglich mit durchschnittlich etwa 2.100 m³ Trinkwasser. Der Bau von Windkraftanlagen könnte jedoch das Grundwasser beeinflussen. Da der Buntsandstein im Reinhardswald stellenweise zerklüftet ist, besteht die Sorge, dass die natürlichen Grundwasserleiter beschädigt werden könnten. Dadurch könnten auch die Brunnen, die der Gewinnung von Trinkwasser dienen, gefährdet werden.



Bleck auf Heimatkunde: Willy-Brandt-Forum in Unkel

nötigte ihn, das Amt des Bundeskanzlers abzutreten. Willy Brandt blieb bis 1987 Vorsitzender der SPD. Er setzte sich zeitlebens für Frieden und Demokratie ein.

Im Rahmen der Veranstaltungsserie „Mit Bleck auf Heimatkunde“ besuchte Bleck mit seiner Besuchergruppe das Willy-Brandt-Forum in Unkel.

Brandts Kindheit und Jugend

Willy Brandt (geb. Herbert Ernst Karl Frahm) wurde am 18. Dezember 1913 in Lübeck unehelich geboren. Seine Kindheit und Jugend bezeichnete er später als „unbehaust“ und chaotisch, da er eine distanzierte Beziehung zu seiner Mutter hatte. Seinen Vater lernte er nie persönlich kennen. Zu seinem Stiefgroßvater, der ab 1919 das Sorgerecht übernahm, pflegte Brandt eine enge Vater-Sohn-Beziehung. Nach der Realschule absolvierte er das Abitur an dem „Johanneum zu Lübeck“-Gymnasium und übte zwischenzeitlich ein Volontariat bei einer Schiffsmaklerfirma aus.

Brandts politischer Werdegang

Brandt war durch seinen Stiefgroßvater sehr politikinteressiert. Er trat bereits mit sechzehn Jahren in die SPD ein. 1933 nach Auflösung der Demokratie in Deutschland floh er nach Norwegen und später nach Schweden, wo er Widerstand gegen den Nationalsozialismus leistete. Nach dem zweiten Weltkrieg kehrte Brandt nach Deutschland zurück, woraufhin sein politischer Aufstieg in der SPD begann. Brandt übernahm zunächst das Amt des regierenden Bürgermeisters von Berlin. Später wurde er Bundesvorsitzender der SPD. 1969 wurde er schließlich zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler gewählt. Für seine Außenpolitik wurde er 1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Die Guillaume-Affäre, bei der einer der engsten Mitarbeiter Brandts als Spion der DDR enttarnt wurde,

Ostpolitik

In Erinnerung bleibt Brandt vor allem wegen seiner Ostpolitik. Als Bundeskanzler forcierte er außenpolitisch die Verständigung mit dem Osten, vor allem mit der DDR, Polen und der Sowjetunion. Der umstrittene Kniefall von Warschau am Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos galt als große Demutsgeste. Seine Ostpolitik war heftig umkämpft, da sie sich deutlich von der Westpolitik, die noch von seinen Vorgängern Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt-Georg Kiesinger betrieben wurde, unterschied. So wurde im Moskauer Vertrag unter anderem die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze von Polen und die Grenze zwischen der BRD und DDR als unverletzlich anerkannt. Damit wurden die Ansprüche auf die deutschen Ostgebiete, die nach dem 2. Weltkrieg durch die Siegermächte annektiert wurden, fallengelassen.

Willy-Brandt-Forum

Brandt lebte von 1979 bis 1992 in Unkel. Dort starb er im Alter von 78 Jahren. Bei der Führung besuchte Bleck mit seiner Besuchergruppe auch das Arbeitszimmer des Politikers, welches originalgetreu rekonstruiert wurde. Außerdem konnten die Besucher viele Exponate, die in Brandts Leben und Wirken eine wichtige Rolle spielten, bestaunen. Werke wie das Meistermann-Porträt, Originaldokumente und interessante Film- und Tonaufnahmen bieten Besuchern die Möglichkeit, Brandts privaten und politischen Werdegang zu erleben. Das Willy-Brandt-Forum wird ehrenamtlich betrieben und finanziert sich im Wesentlichen aus Spenden und Eintrittspreisen. Die Corona-Krise hat – wie bei anderen Einrichtungen auch – jedoch dazu geführt, dass viele Besucher ausblieben und ausbleiben.



**„Nichts
kommt von
selbst und
nur wenig
ist von
Dauer.“**

Willy Brandt



Entgleisung eines Güterzugs bei Niederlahnstein



Am 30. August ist bei Niederlahnstein, Rhein-Lahn-Kreis, ein Güterzug mit insgesamt 300.000 Liter Dieseldienststoff entgleist. Laut Bundespolizei sind 150.000 Liter Dieseldienststoff ausgelaufen. Der Güterzug war auf dem Weg von Rotterdam nach Basel. Mitarbeiter des heimischen AfD-Bundestagsabgeordneten Andreas Bleck besuchten die Unglücksstelle.

Entgleisung und ergriffene Maßnahmen

Insgesamt acht Kesselwagen des Güterzugs sind gegen 18:40 Uhr an einer Weiche aus dem Gleis gesprungen. Dabei kippten einige Kesselwagen um. Der Notfallmanager der Deutschen Bahn AG wurde laut Antwort der Bundesregierung auf die schriftlichen Fragen von Bleck um 18:43 Uhr verständigt und traf rechtzeitig gegen 19:10 Uhr vor Ort ein (BT-Drs. 19/22308). Auch die Einsatzkräfte waren schnell an der Unglücksstelle. Darunter zählten die freiwillige Feuerwehr Lahnstein und andere nahegelegene freiwillige Feuerwehren. Die Bundespolizei sperrte die Unglücksstelle ab und ermittelt zur Unfallursache. Zunächst wurden die beschädigten Kesselwagen durch die eingetroffenen Feuerwehren abgedichtet. Ausgelaufener Dieseldienststoff wurde mittels Schaum abgedeckt und Schläuchen abgepumpt. Der ausgelaufene Dieseldienststoff wird als Gefahrgutklasse 3 mit Zusatzkennzeichnung als umweltgefährdender Stoff klassifiziert (ebd.).

Schäden für die Gesundheit unklar

Durch den ausgelaufenen Dieseldienststoff könnte nicht nur der Boden, sondern auch das Grundwasser verunreinigt werden. Deshalb führt die untere

Umweltbehörde regelmäßig Messungen in Niederlahnstein durch. Schäden für die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen können nicht ausgeschlossen werden. Mitarbeiter von Bleck konnten nach der Entgleisung und während der Wiederaufbauarbeiten an der Unglücksstelle noch den unangenehmen Geruch des ausgelaufenen Dieseldienststoffs wahrnehmen. Dabei entstanden auch die Fotos auf der nächsten Seite.

Drittes Zugunglück in Folge

Nach dem Brand eines ICE auf der Schnellfahrstrecke Köln—Frankfurt bei Dierdorf und dem Brand eines Güterzugs bei Unkel ist die Entgleisung des Güterzugs bei Niederlahnstein das dritte Zugunglück innerhalb von zwei Jahren in der Region Westerwald-Mittelrhein. Das Mittelrheintal ist ein Zugverkehrs-Hotspot. Sowohl links- als auch rechtsrheinisch gehört es als Teil der europäischen Bahnstrecke Rotterdam—Genua zu den am stärksten befahrenen Bahnstrecken in der Bundesrepublik Deutschland. Da die Bahnstrecken auch durch Siedlungen führen, werden die Bewohner durch den Zugverkehr mit Erschütterungen und Lärm geplagt. Zudem können Zugunglücke in Siedlungen auch für die Bewohner lebensgefährlich sein.

Weitere Aufklärung durch Bericht

Bleck hat gemeinsam mit dem Verkehrspolitiker Wolfgang Wiehle einen Bericht der Bundesregierung im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages zur weiteren Aufklärung angefordert.



Laschet bricht Besuch von Moria ab

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet hat seinen Besuch des Flüchtlingslagers Moria auf der griechischen Insel Lesbos aus Sicherheitsgründen abgesagt. Bemerkenswert: Ausgerechnet vor den Flüchtlingen, die bei der CDU als schutzbedürftig gelten, sucht Laschet Schutz.

Hisbollah lagert Sprengstoff

Anhänger der islamischen Terrororganisation Hisbollah lagern offenbar in Deutschland Sprengstoff. Bereits vor Monaten soll der israelische Geheimdienst Mossad diese Information bestätigt haben. Zuletzt führte die unsachgemäße Lagerung mehrerer Tonnen Sprengstoffs in Beirut zu einer großen Explosion.

Scholz als Kanzlerkandidat der SPD

Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, Vorsitzende der SPD, wollen den Bundesfinanzminister Olaf Scholz als Kanzlerkandidat der SPD nominieren. Allerdings hat die SPD seit der Bundestagswahl 2017 ein Viertel ihrer Wähler verloren. Dass die SPD vor diesem Hintergrund überhaupt einen Kanzlerkandidaten aufstellt, ist bemerkenswert.

Studie ignoriert Migration

Das Kinderhilfswerk Plan hat eine Umfrage zum Sicherheitsempfinden von Frauen und Mädchen in vier deutschen Städten durchgeführt. Ergebnis: Jede vierte Befragte hat mindestens einmal sexuelle Belästigung erlebt, jede fünfte wurde Opfer von Bedrohung, Verfolgung oder Gewalt. Mit keinem Wort wird jedoch der Zusammenhang mit der Migration in der Studie erwähnt.

Merkel will „Zügel anziehen“

Bundeskanzlerin Angela Merkel will die Co-

rona-Maßnahmen verschärfen. Auf einer Sitzung des CDU-Präsidiums sprach sie davon, „die Zügel [anzuziehen], um bei Corona nicht in ein Desaster reinzulaufen.“ Diese Wortwahl entlarvt ihr Demokratieverständnis. Sie verwechselt das Volk mit Vieh. Im Unterschied zu Pferden haben die Bürger jedoch keine Zügel und Scheuklappen.

Islamischer Terror in Berlin?

Am 11. August verursachte ein 30-jähriger Iraker drei Unfälle in Berlin. Nach Einschätzung der Polizei hat er vorsätzlich gehandelt. Nach den Unfällen stieg er aus, stellte sich auf das Dach seines Autos und rief „Allahu Akbar“. Die Polizei konnte den Mann überwältigen und festnehmen.

Spahn sucht neue externe Berater

Erst hatte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn zu wenig Masken, jetzt hat er zu viele. 250 Millionen Masken wurden deshalb von der Bundesregierung verschenkt. Neben den eigenen Fehlern Spahns ist das auch auf die Fehler eines externen Beraters zurückzuführen, der etwa 9,5 Millionen Euro kassierte. Die Konsequenz? Für weitere 27 Millionen Euro wurden neue Verträge für externe Berater ausgeschrieben. Wer keinen Sachverstand hat, muss diesen einkaufen.

Erhöhung der GEZ abgelehnt

Der Rundfunkbeitrag soll ab 2021 von 17,50 Euro auf 18,36 Euro pro Monat ansteigen. Dafür ist jedoch die Zustimmung aller 16 Landtage notwendig. Die CDU- und AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, die dort die Mehrheit bilden, lehnen die Erhöhung des Rundfunkbeitrags jedoch ab. Die Ablehnung wird unter anderem mit einem Satire-Video des öffentlich-rechtlichen Rundfunks begründet, in dem die Polizei als rassistisch und rechtsextrem bezeichnet wurde.

Informationsfahrten nach Berlin

Die politischen Informationsfahrten des Bundespresseamts (BPA) nach Berlin bleiben wegen der Corona-Maßnahmen bis Ende des Jahres ausgesetzt.

BLAMAGE DES MONATS



**„Wir haben
[...] festgestellt,
dass die demo-
kratische Grund-
ordnung leider
auch für Arsch-
löcher gilt“**

*Andreas Geisel (SPD)
Berliner Senator für Inneres und Sport*

Impressum:

Angaben gemäß § 5 TMG

Andreas Bleck, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 22779203
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: andreas.bleck@bundestag.de

**„Wer einen Menschen
beleidigt, kassiert eine
Anzeige – wer tausende
beleidigt, kassiert Regie-
rungsbezüge“**

Andreas Bleck (AfD)